

Nachgefragt - Dr. Helmut Linssen



*Dr. Helmut Linssen (CDU),
Finanzminister im Kabinett Rüttgers*

Herr Dr. Linssen, im Wahlkampf hat die CDU keinen Hehl daraus gemacht, daß bei einer Regierungsübernahme an den Hochschulen in NRW Studiengebühren eingeführt werden sollen. Der Koalitionsvertrag von CDU und FDP sieht vor, daß schon ab dem kommenden Sommersemester an den nordrhein-westfälischen Schulen Studiengebühren in Höhe von bis zu 500 Euro pro Semester gezahlt werden müssen. Welches sind für Sie persönlich die ausschlaggebenden Gründe für die Einführung?

Dr. Linssen: Für die CDU hatte und hat die Bildung in NRW Vorrang. Deshalb ist es wichtig, daß wir die Qualität von Lehre und Studium an den nordrhein-westfälischen Hochschulen verbessern. Dafür müssen die Hochschulen mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden. Die Studiengebühren dienen der Verbesserung von Lehre und Studium, denn sie verbleiben in vollem Umfang bei den Hochschulen. Davon profitieren letztendlich die Studierenden. Wenn sie zahlen, haben Sie einen Anspruch darauf, vernünftige Studienbedingungen vorzufinden. In vielen Diskussionen, die wir während des Wahlkampfes geführt haben, wurde uns vorgeworfen, daß die Einführung von Studiengebühren unsozial sei. Dies ist falsch, denn heute bezahlen der einzelne Baggerfahrer und die Krankenschwester mit ihren Steuern das Studium junger Menschen auch aus gut situierten Elternhäusern. Das muß sich ändern.

Wie hat man sich das von der CDU favorisierte und im Koalitionsvertrag festgelegte System „nachgelagerter“ Studiengebühren vorzustellen?

-

Dr. Linssen: Das Modell sieht folgendes vor: Die Studenten werden Studiengebühren entrichten müssen. Die Gebühren können bis zur Aufnahme

einer beruflichen Tätigkeit gestundet werden. Eine Bank wird die Forderung der Hochschule an die Studenten „abkaufen“, die Gebühren also vorfinanzieren, damit die Hochschule sofort davon profitiert. Wenn beispielsweise ein Student 10 Semester studiert, wird er insgesamt maximal 5000 EUR Gebühren zahlen müssen. In den ersten zehn Jahren seines Berufslebens wird er dann rd. 50 EUR pro Monat an die Bank zurückzahlen. Wenn sein Einkommen jedoch unterhalb von 960 EUR liegen wird, dann ist eine Rückzahlung nicht erforderlich. Dadurch, daß die Vorfinanzierung durch eine Bank erfolgt, ist der Zeitraum bis zur Rückzahlung der Gebühren durch die Studenten überbrückbar. Selbstverständlich ist auch eine Sofortzahlung der Beiträge möglich.

Der Präsident des Deutschen Hochschulverbandes, Herr Professor Kempen, hat auf einem Innovationskongress der CDU im Frühjahr in Gelsenkirchen gefordert, Studiengebühren dürften nur den Studierenden selbst zu Nutzen sein, unter großem Beifall des Publikums übrigens. Wie kann sichergestellt werden, daß nicht die Verwendung vom „Good Will“ des Finanzministers oder des Kabinetts abhängt und doch Löcher im Haushalt damit gestopft werden oder die Finanzmittel für die Hochschulen im Haushalt um den Sockel des Studentenbeitrags gekürzt werden?

Dr. Linssen: Zunächst möchte ich herausstellen, daß es den Hochschulen freigestanden wird, ob sie Studiengebühren ab dem Sommersemester 2006 erheben wollen oder nicht. Sie sind also - bis auf die Festlegung in der Maximalhöhe - in ihrer Entscheidung frei. Dementsprechend handelt es sich um Gelder, die aufgrund einer autonomen Entscheidung der Hochschule eingenommen werden und vollständig bei ihnen verbleiben. Damit die Gelder nicht zum „Stopfen von Haushaltslöchern“ verwendet werden können, müssen langfristige Verträge mit den Hochschulen abgeschlossen werden, die eine Verrechnung mit den staatlichen Zuweisungen ausschließen.

Ist ein Verfahren geplant, das die Verwendung auch gegenüber der zahlenden Kundschaft, den Studenten also, transparent macht?

Dr. Linssen: Ein solches Verfahren sollte die einzelne Hochschule entwickeln. Es liegt an ihr, den Studierenden zu erklären, daß die Einnahmen aus Studienbeiträgen für die Anschaffung zusätzlicher Bücher, für Tutorenprogramme für Studienanfänger, für mehr Laborplätze oder ähnliches eingesetzt wurden.

Gibt es schon ein konkretes Modell für die Umsetzung? Der Teufel könnte ja wie sooft im Detail liegen. Man hört, den Universitäten solle bis in die Fakultäten hinein

freigestellt werden, in welcher Höhe Studiengebühren erhoben werden, sofern die Obergrenze von 500 Euro nicht überschritten wird. Das würde bedeuten, daß in Nordrhein-Westfalen der Besuch der einzelnen Hochschulen und innerhalb der einzelnen Hochschulen (je nach Festlegung der Fakultäten) unterschiedlich teuer sein kann. Die gleichen Fakultäten an verschiedenen Hochschulen könnten sich vielleicht für eine unterschiedliche Gebührenhöhe entscheiden.

Dr. Linssen: Ein konkretes Modell für die Umsetzung wird jetzt von der Landesregierung erarbeitet werden. Es ist in der Tat möglich, daß die Hochschule in Zukunft Gebühren in unterschiedlicher Höhe nehmen wird. Da sehen wir aber kein Problem. Ob sie untereinander Absprachen treffen, um für eine gewisse Einheitlichkeit zu sorgen, bleibt ihnen überlassen.

Ist schon entschieden, ob die jetzigen Einschreibungsgebühren, die bis zu ca. 150 Euro betragen können, auf die 500 Euro angerechnet werden?

Dr. Linssen: Darüber gibt es noch keine Entscheidung – die wäre letztlich auch Sache der einzelnen Hochschule. Allerdings haben die Einschreibengebühren eine andere Funktion: Sie dienen der Unterstützung der Arbeit der Studentenwerke, der Asten und insbesondere zur Finanzierung des Semestertickets.

Die Einführung von Studiengebühren sollte nach Meinung vieler, wenn nicht sogar aller Befürworter mit einem Ausbau des Stipendienwesens einhergehen und sozial abgedeckt sein. Unseres Erachtens kann die Akzeptanz nur erhalten bleiben bzw. auch bei den Gegnern steigen, wenn in diesen Punkten ein vorzeigbares Ergebnis vorhanden und ein praktikables System geschaffen ist. Wird dies zum Zeitpunkt der Einführung in gebotenen Umfang geleistet sein?

Dr. Linssen: Die soziale Abfederung ist in unserem Modell bereits dadurch gewährleistet, daß die Gebühren nachgelagert erhoben werden können. Außerdem sollen BAföG-Empfänger ausgenommen sein. Gezahlt werden muß also erst nach Abschluß des Studiums, wenn der Absolvent in Brot und Arbeit ist. Auch hier werden – analog zum BAföG-System – Grenzen berücksichtigt. Wer weniger als 960 Euro im Monat verdient, muß natürlich nichts zahlen. Was das Stipendienwesen anbetrifft, so stellen wir uns vor, daß hier zukünftig auch verstärkt Patenschaften von der Wirtschaft übernommen werden. Außerdem müssen wir in Gespräche mit den bekannten Förderungswerken wie der Studienstiftung des deutschen Volkes, dem Cusanuswerk, der Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, usw. eintreten. Überdies wird man die Möglichkeit zusätzlicher Bildungskredite konkretisieren müssen.